

Kunstgüter: Opposition sieht Regierung blamiert

Vorwürfe gegen Verwaltungsrat der Zähringer-Stiftung

Von unserem Redaktionsmitglied
Wolfgang Voigt

Stuttgart. Als Blamage für die Regierung bewertet die Opposition im Landtag das staatliche Gutachten zu den badischen Kunstschatzen. „Sie haben sich bis auf die Knochen blamiert“, bescheinigte dem Ministerpräsidenten bei der gestrigen Plenardebatte der Finanzexperte der SPD, Nils Schmid. Jürgen Walter, kulturpolitischer Sprecher der Grünen, hielt der Regierung vor, die Interessen des Landes fahrlässig aufs Spiel gesetzt zu haben. Dagegen bezeichnete Kunstminister Peter Frankenberg (CDU) die 300 000 Euro teure Expertise als „solides Fundament, um mit dem Haus Baden zu verhandeln“. Finanzminister Gerhard Stratthaus (CDU) betonte, die Regierung wolle Schloss Salem der Öffentlichkeit erhalten. Im Karlsruher Generallandesarchiv (Nördliche Hildapromenade 2) kann das Gutachten ab heute eingesehen werden.

Vor einem Jahr wollte Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) in einem Vergleich mit dem Haus Baden Kunstschatze für 70 Millionen Euro kaufen, um das ehemalige Zisterzienserkloster am Bodensee zu retten. Das nun vorgelegte Gutachten schreibt dem Markgrafenhaus lediglich Kunstgüter im Wert von 5,6 Millionen Euro zu. Die Landesregierung plant jetzt, diese Kulturgüter anzukaufen.

Nach Auffassung des Karlsruher SPD-Abgeordneten Johannes Stober hätte die Ausgabe dieser 5,6

EIGENTUM GEKLÄRT: Kunstgüter im Wert von 5,6 Millionen Euro gehören dem Haus Baden.

Millionen Euro jedoch verhindert werden können. Schließlich handle es sich bei den meisten Kulturgütern, die jetzt dem Haus Baden zugeordnet wurden, um Objekte und Sammlungen, die eigentlich der Zähringer-Stiftung übereignet werden sollten. „Doch leider haben die Erben des letzten badischen Großherzogs, Friedrich II., seinen letzten Willen nicht berücksichtigt und der Zähringer-Stiftung diese Kunstgüter nicht zukommen lassen“, bedauert Stober.

Das Gutachten der Experten erhebt gegenüber dem Verwaltungsrat der Zähringer-Stiftung schwere Vorwürfe. Das Gremium habe es „jahrzehntelang schuldhaft und grob fahrlässig“ unterlassen, die Vermögensinteressen der Stiftung wahrzunehmen. Dem Verwaltungsrat gehören gegenwärtig Bernhard Prinz von Baden, der Leiter des Badischen Landesmuseums, Harald Siebenmorgen, sowie als Vertreter des Landes, Christoph Graf Douglas, an.

SPD-Experte Stober hält eine Aussage der staatlichen Kommission für besonders bedeutsam: Demnach ist der Rechtsanspruch der Zähringer-Stiftung auf Übereignung der Gegenstände erst im Jahr 2006 verjährt. Genau zu der Zeit also, in der die Regierung und das Haus Baden „hinter den Kulissen diesen unsäglichen Deal ausgeheckt haben“, erklärt Stober. Statt „Kumpanei mit dem Adel“ wäre es ungleich wichtiger gewesen, die drohende Verjährung der Ansprüche gegen das Haus Baden zu unterbinden und die Interessen der Öffentlichkeit zu wahren, meint der Abgeordnete.

ZUKUNFT UNGEWISS: Schloss Salem soll nach dem Willen der Landesregierung als Ganzes für die Öffentlichkeit erhalten bleiben. Das jüngst vorgestellte Gutachten bietet dem Ministerpräsidenten eine aussichtsreiche Verhandlungsposition bei den anstehenden Gesprächen mit dem Haus Baden. Fotos: dpa

Zitate des Tages

„Wenn wir das Ergebnis des Gutachtens schon vorher gewusst hätten, wären wir nicht den Weg des Vergleichs gegangen.“

(Kunstminister Peter Frankenberg, CDU)

„Wir verbinden unser wissenschaftliches Renommee mit diesem Gutachten.“

(Dietmar Willoweit, Gutachter und Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften)

„Es ist klar, dass der Wert von Salem weit über den Preis hinausgeht. Aber wir haben uns um den Preis zu kümmern.“

(Finanzminister Gerhard Stratthaus, CDU)

„Trotz des Gutachtens wäre der Ausgang einer gerichtlichen Auseinandersetzung zwischen

Land und Haus Baden unsicher.“

(Heiderose Berroth, FDP)

„Regieren Sie eigentlich immer so?“

(Jürgen Walter, Grüne, zum Ministerpräsidenten angesichts des damaligen Vergleichsangebots)

„Eine alte Weisheit sagt: Nur einem Feind schenkt man ein Schloss.“

(Finanzminister Gerhard Stratthaus)